

Mündliche Anfragen

zur Fragestunde

in der 90. Plenarsitzung vom 11. März 2010

1. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP

Eingang: 05. 03. 2010

Verlängerung der Stadtbahn Heilbronn in den Landkreis Schwäbisch Hall

- a) Welche Möglichkeiten einer schienengebundenen verbesserten Anbindung sieht die Landesregierung zwischen der Regionalhauptstadt Heilbronn und der zweitgrößten Stadt in der Region Heilbronn/Hohenlohe/Franken, Schwäbisch Hall und dem Landkreis Schwäbisch Hall?
- b) Welche Bedeutung, Chancen zur Verwirklichung und Finanzierungsmöglichkeiten sieht sie für eine Verlängerung der Stadtbahn Heilbronn in den Landkreis Schwäbisch Hall?

2. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP

Eingang: 08. 03. 2010

Zusätzlicher Rettungshubschrauber für die Raumschaft am Autobahnkreuz Feuchtwangen/Crailsheim

- a) Ist im Umkreis von 50 km beim Autobahnkreuz Feuchtwangen/Crailsheim (A 6/A 7) durch die derzeitigen Hubschrauberstandorte eine zeitgerechte Notfallversorgung gewährleistet?
- b) Ist die Landesregierung bereit, mit dem bayerischen Innenministerium zur Verbesserung der Rettungsdichte einen zusätzlichen Hubschrauberstandplatz im südwestlichen Landkreis Ansbach mit der Maßgabe einer besseren Versorgung auch der Landkreise Schwäbisch Hall, Ostalbkreis, Hohenlohe und Main-Tauber zu unterstützen?

3. Anfrage der Abg.
Bärbl Mielich GRÜNE

Eingang: 08. 03. 2010

Alkoholverkaufsverbot an Tankstellen in Baden-Württemberg

- a) Welche Gründe haben die Landesregierung bewogen, bei der Formulierung des Alkoholverkaufsverbots an Tankstellen ab 1. März 2010 Tankstellen mit Gaststättenkonzession aus der Regelung auszunehmen?
- b) Hat die Landesregierung die Absicht, diese Regelung rückgängig zu machen (mit Angabe, nach welchen Kriterien die Regelung neu gefasst werden soll, bzw. mit Angabe, was die Gründe dafür sind, dies nicht zu tun)?

4. Anfrage des Abg.
Eugen Schlachter GRÜNE

Eingang: 08. 03. 2010

**Weiteres Vorgehen der Landesregierung in Sachen
„Steuer-CD“ nach Scheitern der Bundesratsinitiative
am Freitag, 5. März 2010**

- a) Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Scheitern ihrer Bundesratsinitiative, insbesondere was die Frage der Strafbarkeit von Steuerbeamten bei der Nutzung von Hinweisen betrifft, die aus der „Steuer-CD“ gewonnen wurden?
- b) Wird die Landesregierung bei ihrer Rechtsauffassung bleiben, die ihrer Ablehnung des Erwerbs der „Steuer-CD“ zugrunde lag, und die sich daraus ergebenden Hinweise daher nicht nutzen, oder wird die Landesregierung ihre Rechtsauffassung ändern, um eine Nutzung der Hinweise aus der „Steuer-CD“ zu ermöglichen, falls sie vom Bund und/oder einem anderen Bundesland erworben wird?